



Grünliberale Partei Schweiz

Medienmitteilung

| Thema | Standortförderung 2016-2019 |
|----------------|--|
| Für Rückfragen | Kathrin Bertschy, Nationalrätin, Tel. + 41 78 667 68 85 Thomas Maier, Nationalrat, Tel. +41 78 652 06 50 |
| Absender | Grünliberale Partei Schweiz, Laupenstrasse 2, 3008 Bern Tel +41 31 311 33 03, E-Mail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch |
| Datum | 2. Juni 2015 |

Grünliberale lehnen die Aufstockung der Standortförderung 2016-2019 ab

Die Vorlage des Bundesrats zur Standortförderung 2016-2019 überzeugt die Grünliberalen nicht. Von der angestrebten Weiterentwicklung der Standortförderung ist zu wenig zu sehen. Die verschiedenen Mittel und Instrumente enthalten Doppelspurigkeiten und Widersprüche mit anderen Entwicklungszielen des Bundes. Die Botschaft setzt sich zudem weder mit den Zusammenhängen zum Fachkräftebedarf, noch mit der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative oder der Zweitwohnungsinitiative auseinander. Anstelle einer sauberen Analyse beantragt der Bundesrat einfach eine Aufstockung der verschiedenen Kredite. Das widerspricht allen finanzpolitischen Grundsätzen, das Ausgabenwachstum des Bundes zu bremsen. Die Grünliberalen sind nicht bereit, ohne Analyse der Politikkohärenz mehr Geld zu sprechen. Entsprechend unterstützen sie die Anträge für eine Plafonierung der Ausgaben auf dem Stand von 2014. So führt Nationalrat Thomas Maier die Kommissionen an, die einen Ausbau der Subventionen für die Tourismusbranche ablehnen.

Kathrin Bertschy: „Die Botschaft des Bundesrates zur Standortförderung 2016-2019 verpasst es leider, die Zusammenhänge der verschiedenen Instrumente der Standortförderung zu analysieren, Doppelspurigkeiten zu reduzieren und damit einen effizienten Einsatz öffentlicher Mittel zu gewährleisten. Damit nimmt man in Kauf, dass die Standortförderung anderen Entwicklungszielen wie der Strategie zur nachhaltigen Entwicklung oder der Biodiversitätsstrategie widerspricht. Unter diesen Umständen sind die Grünliberalen nicht bereit, die beantragte Aufstockung der Kredite mitzutragen.“